



# prägnant 27

DEZEMBER 2024

## ZIEL GLEICHWERTIGER LEBENSVERHÄLTNISSE IM GANZEN BUNDESGBIET NICHT AUFGEBEN!

**Die Bundesregierung hat kurz vor der Sommerpause 2024 ihren Gleichwertigkeitsbericht vorgelegt.**

Warum beschäftigt sich die Bundesregierung mit der Frage von gleichwertigen Lebensbedingungen der Menschen regional differenziert zwischen Nord- und Ostsee, zwischen Allgäu, Schwarzwald, Ruhrgebiet und Erzgebirge? Weil die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, dessen 75. Geburtstag wir dieses Jahr gefeiert haben, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als politisch anzustrebendes Ziel mit Verfassungsrang festgelegt haben. Niemand solle in der Bundesrepublik in deutlich ärmeren bzw. reicheren Regionen leben (müssen). Dafür habe der Staat Sorge zu tragen. Soweit so gut. Wie sieht die Lage im Jahr 2024 wirklich aus?

### Gleichwertigkeitsbericht

Übergeordnetes Ziel der Bundesregierung ist es, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger im ganzen Bundesgebiet zu stärken.

Denn gleichwertige Lebensverhältnisse bilden das Fundament für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung, Chancengerechtigkeit und faire Teilhabemöglichkeiten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Realität sieht leider anders aus: Wohlhabenden Regionen wie bspw. dem Münchner Umland oder dem Rhein-Main Gebiet stehen ärmere und strukturschwächere Regionen in Ostdeutschland aber auch in Teilen West- und Norddeutschlands gegenüber.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Abwanderung junger Menschen aus dem Osten auch 34 Jahre nach der deutschen Einheit anhält: Auch 2023 sind mehr junge Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern in den Westen gezogen als umgekehrt. Die Abwanderung junger Leute aus den ostdeutschen Bundesländern hält immer noch an. So sind im Jahr 2023 erneut mehr 18- bis 29-Jährige aus Ostdeutschland in den Westen gezogen als umgekehrt – konkret waren es netto 7.100 Menschen, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zum Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober 2024) mitteilte.

Berlin wurde bei den Berechnungen jeweils nicht berücksichtigt. Laut den Daten sind seit 1991 insgesamt netto 727.000 zu dem Zeitpunkt 18- bis 29-Jährige aus den ostdeutschen Ländern in den Westen abgewandert. Das wirkt sich massiv auf die ungleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Regionen aus. Überalterte Regionen sind in der Regel weniger dynamisch, locken weniger neue Investitionen an, da begehrte Fachkräfte fehlen und erwirtschaften weniger Produkte und Dienstleistungen. Weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter im Osten (ohne Berlin) werden bei dem immer schärfer werdenden Fachkräftemangel und der sich verschärfenden demografischen Lage ein Wachstumshemmnis.

Die jahrzehntelange Entwicklung trägt auch dazu bei, dass der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Osten niedriger ausfällt. Laut dem Zensus 2022 waren in den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) 57,5 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahre alt. In den westdeutschen Ländern lag der Anteil dagegen bei 61,6 Prozent. Anteilig die wenigsten Menschen im erwerbsfähigen Alter gab es in Sachsen mit rund 57 Prozent, die meisten in Berlin mit rund 64 Prozent. Zudem liegen die zehn Kreise mit dem niedrigsten Anteil der 18- bis 64-Jährigen allesamt im Osten. Das Schlusslicht bildet dabei Dessau-Roßlau (53,4 Prozent). Über alle Altersgruppen hinweg sind die Wanderbewegungen zwischen Ost und West in den vergangenen Jahren ausgeglichener gewesen. Zuletzt hat es – nach Jahrzehnten teils starker Abwanderung – von 2017 an einen leicht positiven Binnenwanderungssaldo in den ostdeutschen Ländern insgesamt gegeben.

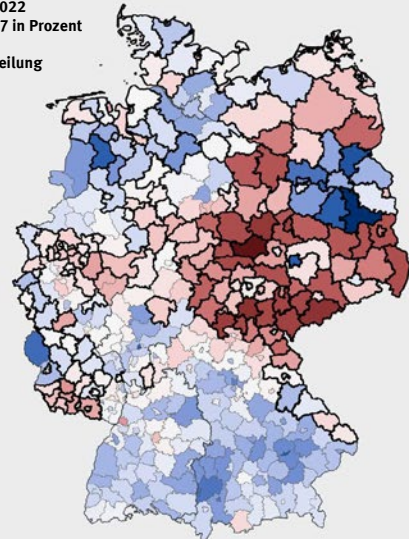
Die Bevölkerungsentwicklung ist ein wichtiger Maßstab für die Lebensverhältnisse in einer Region. Wächst die Bevölkerung, steigt üblicherweise auch das Erwerbspersonenpotenzial. In der Folge resultiert auch eine verbesserte Finanzsituation der Kommunen, wodurch die Ausstattung an Infrastruktur beziehungsweise das Niveau der Daseinsvorsorge sichergestellt sind beziehungsweise erweitert werden können.

Im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen verzeichnen besonders die Metropolen Berlin und Umland, Leipzig und Dresden ein Bevölkerungswachstum. Die ländlichen Regionen sind teilweise tiefrot und schrumpfen somit. Dennoch halten wir auch für diese Regionen an unserer Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen fest. Diese umfassen eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Einrichtungen). Der Trend wachsender Städte und schrumpfender ländlicher Regionen wird sich vermutlich in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen. Der Bevölkerungsanteil peripherer gelegener, strukturschwächerer Kreise wird zum Teil um weit mehr als 10 Prozent sinken.

Bevölkerungsentwicklung

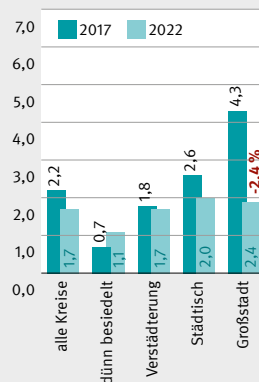
Veränderung 2022 gegenüber 2017 in Prozent

Regionale Verteilung 2022

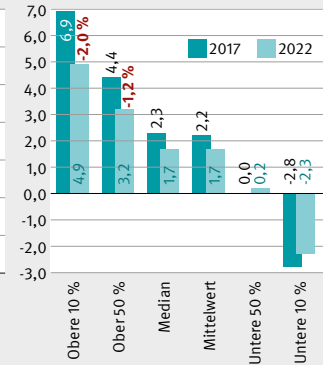


Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

nach Siedlungsstruktur  
Veränderung in Prozent



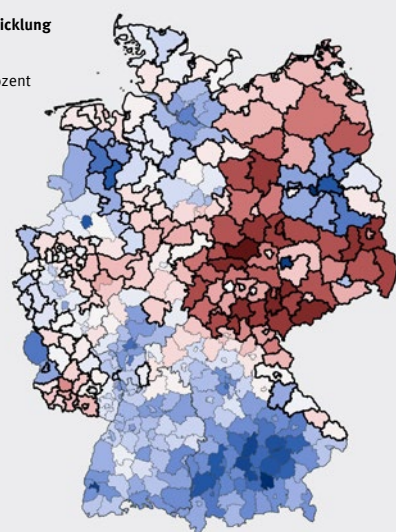
nach Einkommensgruppe  
Veränderung in Prozent



Bevölkerungsprognose bis 2045

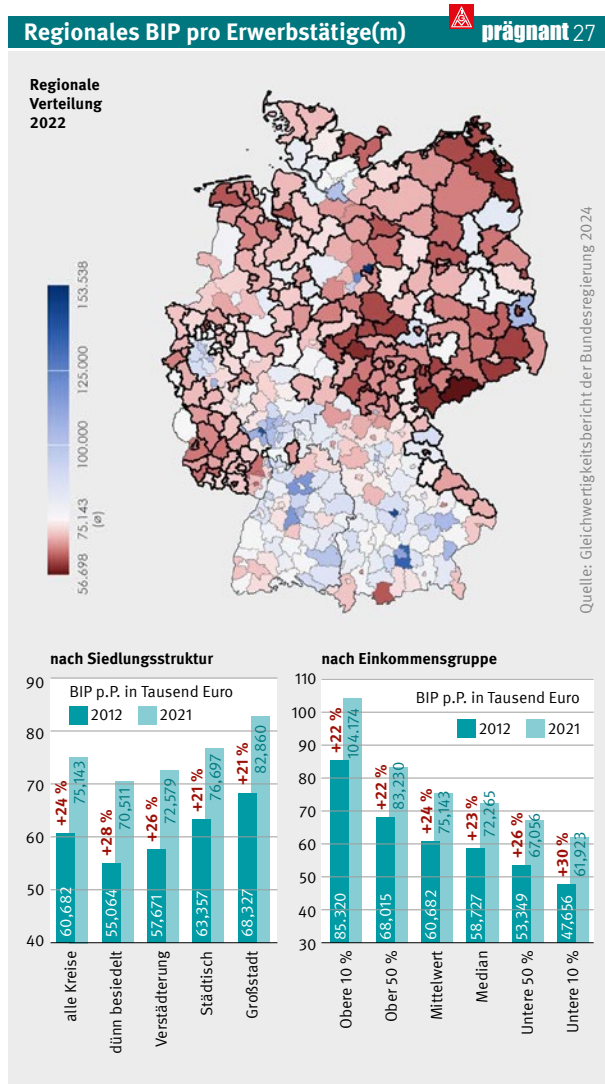
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung von 2021 bis 2045

Veränderung in Prozent



Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

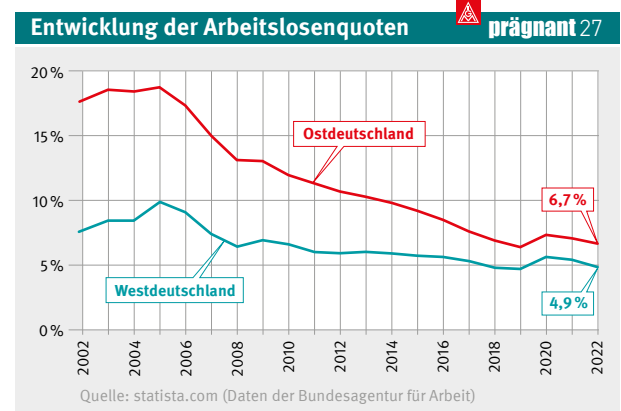
Blickt man im Gleichwertigkeitsbericht auf die wirtschaftlichen Kennzahlen fallen deutliche Unterschiede auf.



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) entspricht der Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen. Abbildung 3 zeigt das BIP pro erwerbstätiger Person (am Wohnort), um eine Vergleichbarkeit zwischen Regionen herzustellen. Die Wirtschaftskraft zwischen den Regionen Deutschlands schwankt erheblich. Ausreißer nach oben sind vor allem große Industriestädte (zum Beispiel Wolfsburg, Ingolstadt, Mainz oder München) und sind in der Karte blau bzw. dunkelblau. Am unteren Ende der Skala befinden sich unter anderem Regionen im Saarland und Rheinland-Pfalz oder auch an der Nord- und Ostsee (rot und dunkelrot).

Die ostdeutschen Kreise liegen ebenfalls überwiegend unter dem Durchschnitt. So liegt die Spannweite zwischen Wolfsburg als kreisfreier Stadt mit dem höchsten (153.538 Euro) und dem Erzgebirgskreis mit dem geringsten (56.698 Euro) BIP je erwerbstätiger Person. Aber auch in Ostdeutschland gibt es Regionen, die ein höheres pro Kopf BIP haben als andere. Dazu zählt bspw. das Berliner Umland, Dresden und die Teile der Lausitz. Hier spielen hohe, tarifvertraglich abgesicherte Industrielöhne die ausschlaggebende Rolle. Man sieht darin die überragende Bedeutung guter industrieller Arbeit für Wohlstand und Entwicklung einer Region. Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben sich die Quoten zwischen Ost und West glücklicherweise angeglichen. Von fast 19 Prozent im Jahr 2005 ist die ostdeutsche Arbeitslosenquote auf 7,5 Prozent (Herbst 2024) gesunken.

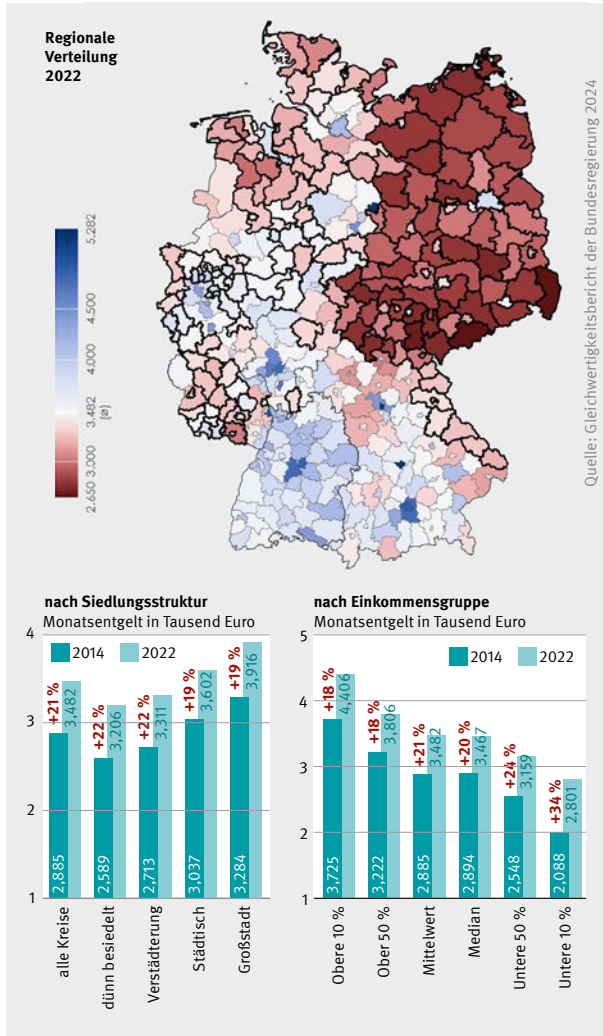
Gleichzeitig sagt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten wenig über die Qualität der Arbeitsplätze aus. Ein viel zu großer Niedriglohnsektor, besonders in Ostdeutschland, eine viel zu niedrige Tarifbindung, immer noch viel zu oft längere Arbeitszeiten in Ostdeutschland als in Westdeutschland sind immer noch Merkmale unseres Arbeitsmarktes. Die IG Metall bleibt dabei: Besser statt billiger ist unsere Devise, besonders auf dem Arbeitsmarkt!



Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt eindrücklich, wie der Osten unseres Landes bei den Entgelten auch im 4. Jahrzehnt nach der deutschen Einheit hinterherhinkt.

Bei den Medianentgelten (Das Medianeinkommen, auch mittleres Einkommen genannt, ist das Einkommen das die Beschäftigten in zwei Gruppen teilt, da es gleich viele Menschen gibt, die mehr bzw. weniger verdienen als das Medianentgelt) ist der Osten tief rot eingefärbt.

Monatliche Medianentgelte



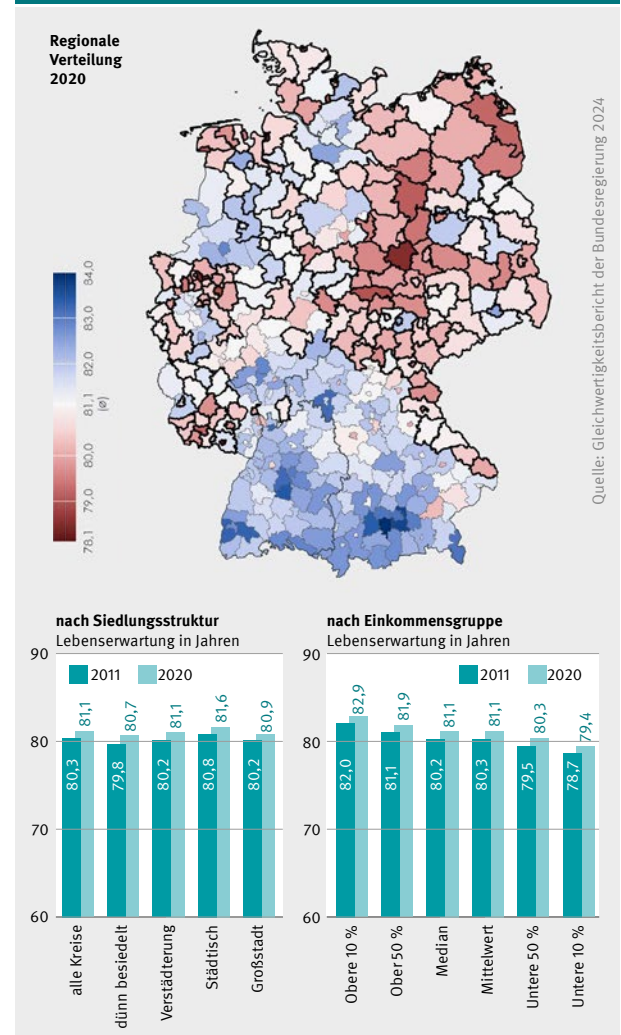
Ein langes und möglichst gesundes Leben hängt in Deutschland leider stark von der sozio-ökonomischen Verortung der Betroffenen in der Gesellschaft ab. Reiche bzw. wohlhabende Menschen können sich bessere Gesundheitsleistungen dazukaufen, verfügen über die notwendigen Mittel Erholungsurlaub durchzuführen und können im Alltag hochwertige und gesunde Lebensmittel konsumieren. Sie arbeiten weniger unter körperlich belastenden Arbeitsbedingungen wie Schichtarbeit oder Nachtarbeit und wohnen in der Regel komfortabler.

All diese Vorteile resultieren aus ungleichen Lebens- und Zugangschancen zu Ressourcen, die in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr vermarktet wurden. Der (Miet-)Wohnungsmarkt ist bspw. kaum noch ein staatlich teilerreguliertes Segment, sondern aufgrund fehlender Sozialwohnungen ein den Marktmechanismen ausgesetzter Teilmarkt.

Gesundheit hat sich in viel zu vielen Bereichen aus der solidarisch finanzierten, gleichwertigen Versorgung für alle, zu einem System der Zwei-Klassenmedizin entwickelt, mit privat Versicherten auf der einen Seite und gesetzlich Versicherten auf der anderen Seite, für die viele medizinische Zusatzleistungen nur durch zusätzliche Zuzahlung möglich werden. All diese Ungleichheitsfaktoren spiegeln sich in der regionalen Verteilung der Lebenserwartung in Deutschland wieder.

Es gibt bei der Lebenserwartung tendenziell sowohl ein West-Ost-Gefälle als auch ein weniger ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle. So können Neugeborene Kinder aus Süddeutschland bspw. auf ein längeres Leben hoffen, als Neugeborene aus Sachsen-Anhalt oder auch dem Saarland. Regionen mit hohen Verdiensten haben auch eine tendenziell höhere Lebenserwartung. Ein langes und gesundes Leben hängt in Deutschland nicht unerheblich am individuellen Einkommen.

Lebenserwartung in Deutschland



Aber es gibt bei der Ost-West Betrachtung auch Bereiche, in denen der Osten deutlich vorne liegt. Bspw. ist die Kinderbetreuung zwischen Rügen und Vogtland deutlich besser ausgebaut als im Westen. Ein Überbleibsel aus DDR Zeiten, was jungen Familien die Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich erleichtert. Diesen Vorteil gilt es beim Werben um begehrte Fachkräfte auszuspielen. Darüber hinaus hat Ostdeutschland beim Ringen um Neuansiedlungsprojekte aus Industrie und Handel gute Karten: Ostdeutschland ist nach wie vor Fördergebiet der GRW-Förderung (siehe Abbildung GRW-Förderung), hat große freie Flächen und verfügt besonders in Brandenburg über einen hohen Ausbaugrad bei den Erneuerbaren Energien. Diese Vorteile müssen erhalten und ausgebaut werden.

## Fazit und Forderungen

Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt einmal mehr, dass die Entwicklung der Regionen in Deutschland eine beständige Aufgabe bleibt, die in Zukunft mehr Ressourcen braucht. Die Ungleichheiten sind auch im Jahr 34 der deutschen Einheit nach wie vor zwischen Ost und West vorhanden. Aber auch zwischen westdeutschen Regionen gibt es erhebliche Unterschiede. Diese Unterschiede nicht als unumkehrbar hinzunehmen, sondern dagegen politische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen bleibt unser Anspruch- in Ost und West. In den Regionen leben die Menschen, hier sind sie verwurzelt, hier arbeiten sie. Die Transformation der Industrie muss vor Ort gelingen. Die stetig wachsenden Großstädte brauchen bezahlbare Wohnungen. Dies geht nur über eine deutliche Ausweitung des öffentlich geförderten und preisgebundenen Mietwohnungsbaus.

Ein bundesweites, nach regionaler Wirtschaftskraft abgestuftes staatliches Fördersystem, wie das System der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) muss unbedingt erhalten bleiben. Bereits seit 1969 fördert die GRW eine ausgewogene regionale Entwicklung in Deutschland.

Die IG Metall erteilt allen Überlegungen eine klare Absage, wonach nur noch wirtschaftlich starke Zentren gefördert werden sollten. Ökonominnen, die das fordern haben von der Lebensrealität der Menschen wenig Ahnung. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen, kostet Geld. Gut investiertes Geld. Dazu gehört unabdingbar die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Daseinsvorsorge in ganz Deutschland. Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten, Kinderbetreuung gehören dazu. Gezielte Unternehmensansiedlungen können strukturschwächeren Regionen helfen, mehr gute Arbeit (tariflich reguliert, mitbestimmt und gut bezahlt) in die Regionen zu holen. Ein ÖPNV, der seinem Auftrag, überall bezahlbare Mobilität gewährleisten zu können gerecht wird, gehört ebenfalls dazu. Wir fordern zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine gerechte Finanzierung der Aufgaben. Dies gelingt durch eine Reform der Schuldenbremse, oder deren Abschaffung, sowie eine gerechtere Steuerpolitik, in der große Erbschaften und Vermögen ihren gerechten Anteil an der Finanzierung unseres Gemeinwesens tragen.

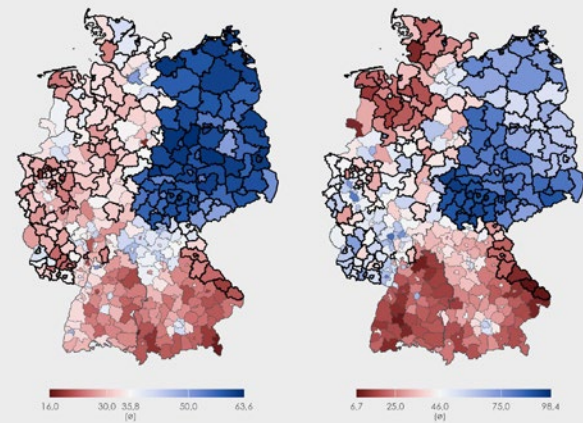
### Kleinkindbetreuungsquote



prägnant 27

Anteil der unter 3-jährigen in externer Betreuung

Anteil der 3 bis 6-jährigen in externer Ganztagsbetreuung



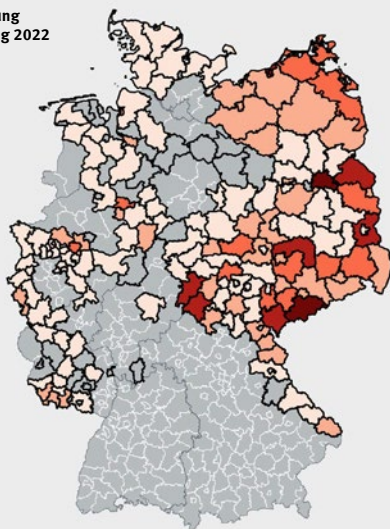
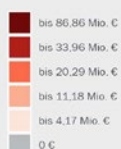
Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

### GRW-Förderung



prägnant 27

Regionale Verteilung der GRW-Förderung 2022

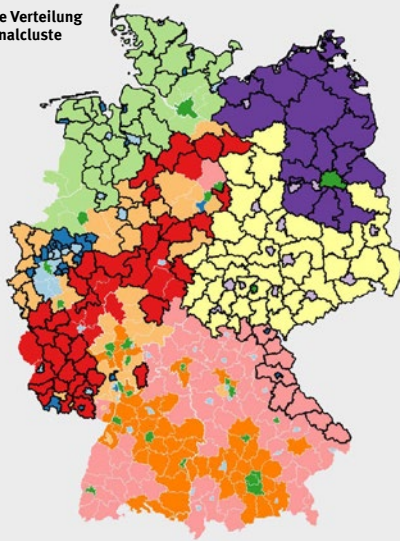


Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

Regionalcluster in der Bundesrepublik Deutschland

Geografische Verteilung der 11 Regionalcluster

Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024



- Städte mit starker Wirtschaftskraft
- Städtische Regionen mit sozialen Herausforderungen
- Ländlicher Raum mit solider Wirtschaft und dynamischer Bevölkerungsentwicklung
- Wachsende und wirtschaftsstarke Großstädte
- Ländliche Regionen mit guter sozialer und wirtschaftlicher Lage
- Ländliche Regionen mit demografischen Herausforderungen
- Regionen mit guter wirtschaftlicher und sozialer Lage im Ballungsraum großer Städte
- Regionen mit sehr guter wirtschaftlicher Lage im Ballungsraum großer Städte
- Städte mit wirtschaftlicher Dynamik
- Ländliche Regionen mit strukturellen Herausforderungen und wirtschaftlicher Dynamik
- Ländliche Regionen mit demografischen Herausforderungen und positiver wirtschaftlicher Entwicklung